



AbL Nordrheda 3 · 4840 Rheda-Wiedenbrück

An den
Landtag Nordrhein-Westfalen
z.Hd. Herrn Althoff
Postfach 1143
4000 Düsseldorf

**Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche
Landwirtschaft e.V.**

Bundesgeschäftsstelle
Nordrheda 3
4840 Rheda-Wiedenbrück
Tel. 052 42/4 84 76

25.2.1989

Betr.: Anhörung zur Änderung des Gesetzes über die Er-
richtung von Landwirtschaftskammern im Lande
Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrter Herr Althoff,

Wie besprochen sende ich Ihnen die Stellungnahmen
der Initiative "Bäuerinnen und Bauern wählen die
Landwirtschaftskammer".

Die erste Stellungnahme wurde unmittelbar vor der
Wahl veröffentlicht, nachdem die Bäuerinnen und Bauern
der Initiative von Seiten des Bauernverbandes und der
Kammer heftig kritisiert und persönlich angegriffen
wurden. Es sollte deutlich machen, welchen Stellenwert
die Bäuerinnen und Bauern der Landwirtschaftskammer
beimessen, und welche Beweggründe dazu geführt haben,
daß durch das Aufstellen einer Liste eine Wahl erzwungen
werden sollte.

Die zweite Stellungnahme wurde nach den Wahlen erarbeitet.
Sowohl grundsätzliche Kritik an der jahrelangen Praxis
der Kammerwahlen, als auch Erfahrungen, die bei der kon-
kreten Durchführung der Wahl im Kreis Gütersloh gemacht
wurden, flossen in den Forderungskatalog ein.

L

Ich würde mich freuen, wenn Sie diese Unterlagen den Mitgliedern des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz des Landtags Nordrhein-Westfalen zu deren Information zugänglich machen können.

Für Ihre Mühe bedanke ich mich auch im Namen der Mitglieder der "Initiative Bäuerinnen und Bauern wählen die Landwirtschaftskammer" recht herzlich und verbleibe

mit freundlichen Grüßen


Ulrike Völker

MMZ10 / 2527

Am 13. September des vergangenen Jahres wurden im Kreis Gütersloh die Mitglieder der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe und damit auch die Mitglieder der Kreisstelle direkt und geheim gewählt. Das wurde erreicht durch die Aufstellung einer zweiten Liste durch die "Initiative Bäuerinnen und Bauern wählen die Landwirtschaftskammer".

Für die Initiative war die Durchführung der Wahl im Wesentlichen auch mit der Zielsetzung verbunden, eine Überarbeitung des Gesetzes "Über die Errichtung von Landwirtschaftskammern in NRW" herbeizuführen. Die Überarbeitung des Gesetzes steht noch in diesem Jahr bevor.

Auf dem Hintergrund der Erfahrungen, die die Initiative bei der Durchführung der Wahl gemacht hat, fühlt sie sich berufen, Vorschläge zur Neufassung des Gesetzes zu machen.

In die Überlegungen wird besonders die Situation einbezogen, daß bei über 30% Stimmenanteil es der Initiative nicht möglich war, einen Kandidaten oder eine Kandidatin in die Kammer zu entsenden.

Grundsätzlich fordern wir bei der Neufassung des Gesetzestextes:

- das aktive und passive Wahlrecht für Nebenerwerbslandwirte,
- die Abschaffung der "Friedenswahl" in der Wahlordnung (im Gesetz ist die Friedenswahl ohnehin nicht vorgesehen, die Friedenswahlen der letzten Jahre entsprachen nicht den Anforderungen des Gesetzes),
- die Beschränkung auf eine einmalige Wiederwahl,
- die Einführung einer Fünftelparität bei der Besetzung der Gremien (ein Arbeitnehmer : vier Betriebsinhaber)
- eine Überprüfung und Neufassung der Aufgaben der Landwirtschaftskammer

Die Vorschläge der Initiative im Einzelnen:

zum Wahlverfahren

Die Erstellung der Listen

- Es können doppelt so viel Personen vorgeschlagen werden, wie zu wählen sind.
- Die Kandidatenlisten können in beliebiger Zusammensetzung, in alphabetischer Reihenfolge vorgeschlagen werden
- die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe (BetriebsleiterInnen, mitarbeitende EhegattInnen, mitarbeitende Familienangehörige, Tätigkeit im Nebenerwerb) muß angegeben werden.
- Die Vorschläge müssen von 1%, mindestens aber von 15 wahlberechtigten Personen unterschrieben sein.

Die Stimmabgabe

- Alle Listen werden auf einem Wahlzettel zur Wahl gestellt.
- Die Wahlberechtigten können aus allen Vorschlägen wählen (panaschieren).
- Es können doppelt so viel Stimmen vergeben werden, wie Kandidaten zu wählen sind.

Die Sitzverteilung

- Die Anzahl der Kandidaten, die von den jeweiligen Listen in die Kammer entsandt werden, werden nach d'Hondt (Verhältniswahlrecht) ermittelt.
- Es gelten die Kandidaten als gewählt, die innerhalb ihrer Listen die meisten Stimmen erhalten haben.
- Das Verhältnis der Listen zueinander ergibt sich aus dem Verhältnis der Stimmen, die insgesamt für die Kandidaten der einzelnen Listen abgegeben wurden.

Die Briefwahl sollte möglich sein.

Die Aufgaben der Landwirtschaftskammer

Grundsätzlich hat die Landwirtschaftskammer ihre Arbeit am Erhalt selbständiger Existenzen auf der Grundlage einer bäuerlichen Landwirtschaft auszurichten.

Die Landwirtschaftskammer hat die Aufgabe, die Landwirtschaft zu fördern und die in ihr tätigen Menschen zu unterstützen und zu beraten.

Insbesondere erstreckt sich ihre Aufgaben auf:

- die Förderung von Erhaltung und Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichtes durch eine entsprechende Ausrichtung bäuerlicher Produktionsverfahren,
- die Förderung der Erzeugung und Vermarktung von gesunden Nahrungsmitteln,
- die Förderung der Kooperation zwischen landwirtschaftlichen Betrieben , sowie die überbetriebliche Zusammenarbeit,
- die Zusammenarbeit mit allen Organisationen, die sich für die Erhaltung des ländlichen Raumes und eine bäuerlich Strukturierte Landwirtschaft einsetzen,
- die Förderung des Dialogs zwischen agrarwissenschaftlichen und geisteswissenschaftlichen Disziplinen und die Zusammenarbeit mit den bäuerlich orientierten Bildungseinrichtungen und -trägern des ländlichen Raumes.

Nach rund 40 Jahren findet im Bereich der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe wieder eine Direktwahl aller Bauern, Bäuerinnen und mithelfenden Angehörigen statt. Über den Sinn dieser Wahl wird viel diskutiert, gestritten und leider auch polemisiert. Es wird unter anderem behauptet, daß es um persönliche Rivalitäten ginge und daß diese Wahl die Bauern in zwei Lager spalten würde.

Es ist deshalb notwendig, klarzustellen, aus welchen grundsätzlichen Erwägungen diese Wahl richtig und wichtig für den Bauernstand ist. Nach unserer sorgfältig erwogenen Ansicht wird sie dazu beitragen, daß das Ansehen der Bauern verbessert wird und die Position von Bauernverband und Landwirtschaftskammer langfristig gestärkt wird.

Welches sind die Argumente:

1. Das Kammergesetz.
2. Information der Bauern über die unterschiedliche Aufgabenstellung von Kammer und Verband.
3. Verbesserte Auseinandersetzung der Bauern über die Vorteile dieser Einrichtungen.
4. Breitere ehrenamtliche Beteiligung der Bauern und gleiche Rechte für Nebenerwerbslandwirte in der Interessenvertretung.
5. Mehr Ideenreichtum in der Bewältigung der schwierigen Aufgabe der Existenzsicherung.
6. Eine verstärkte Aufmerksamkeit der Medien und mehr Öffentlichkeitsinteresse.
7. Dokumentation des Selbstbehauptungswillens der Bauern.
8. Bestärkung der Position der Landwirtschaftskammer.
9. Eine deutliche Absage an Zentralisierungsbestrebungen und gegen die Abschaffung der Selbstverwaltung durch das Landesparlament.
10. Der Nachweis, daß der Bauernstand seine Existenz mit demokratischen Mitteln verteidigen und ausbauen kann.

Zu diesen 10 Punkten halten wir eine Vorbemerkung für wichtig:

Unser Land ist von Bauern geschaffen worden. Die industrielle Massengesellschaft hat es verändert, aber die geistigen und demokratischen Wurzeln ruhen immer noch tief in unserer bäuerlichen Geschichte.

Was wird sein, wenn diese Verbindung immer weiter verlorengeht? Bäuerliche Geschichte war, gerade hier in Westfalen, immer mit einem beharrlichen Kampf um Recht und Freiheit verknüpft. Das äußere Zeichen dafür ist die Einzelhoflage.

Dieses Privileg, inmitten seiner Felder relativ schutzlos wohnen zu dürfen, war für den einzelnen Bauern nur deshalb aufrechtzuerhalten, weil er sich durch die Gemeinschaft aller Bauern und durch die gemeinsam erkämpften Freiheiten und Rechte geschützt wußte.

Die Alternative war das Leben im Haufendorf und unter Burgmauern und damit die Aufgabe der Eigenständigkeit.

Solche Freiheiten wurden selten in einem großen Schlag errungen. Es ging eigentlich immer mit dem ruhigen, beharrlichen und manchmal kampfbereiten Beharren auf ureigenen Rechten.

Die Notwendigkeit und der Sinn dieses Kampfes war immer durchschaubar, weil die Freunde und Gegner bekannt und greifbar waren.

In der heutigen Massengesellschaft ist das viel komplizierter. Freunde und Gegner sind schwer zu unterscheiden, und für gesteuerte Polemik gibt es durch den rasanten Ausbau der Medien keine Grenzen mehr.

Deshalb ist es von so großer Bedeutung, daß Bauern sich auf sich selbst besinnen, bei sich selber anfangen und ganz einfache Rechte wahrnehmen; denn - Freiheit geht selten auf einen Schlag verloren - Freiheit geht millimeterweise verloren!

Nun zu den Argumenten:

1. Das Kammergesetz.

"Es findet eine unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahl statt.

Die Kammermitglieder werden für 6 Jahre gewählt.

Der Wahlleiter ist der Oberkreisdirektor.

Wahlvorschläge kommen von mindestens 5% der wahlberechtigten Betriebsinhaber oder vom Bauernverband. Wenn nur ein Vorschlag eingereicht wird, gelten die vorgeschlagenen Bewerber als gewählt."

Im Falle der Wahl ist die ganze bäuerliche Familie wahlberechtigt, soweit sie auf dem Hof mitarbeitet.

Das Gesetz hat also von vornherein die Möglichkeit ausgeschaltet, daß die Neubesetzung der Kreisstellen deswegen ausfallen könnte, weil sich niemand die Mühe macht, Unterschriften für eine Liste zu sammeln. Offensichtlich war das Vertrauen in das Interesse der Bauern an ihrer Selbstverwaltung nicht sehr groß.

Die weitergehende Möglichkeit ist, daß der Bauernverband von vornherein "den Fuß in der Tür haben wollte."

2. Information der Bauern über die unterschiedliche Aufgabenstellung von Kammer und Verband.

Bei der bisherigen Praxis der Kandidatenaufstellung für die Kreisstelle war es nicht erforderlich, sich intensiv mit der Funktion eines Kreisstellenmitgliedes zu befassen. Man wurde aufgestellt und gewählt. Die praktische Arbeit ergab sich zwangsläufig durch die Tagesordnung der Kreisstellensitzung.

Im Falle einer Wahl zwischen zwei oder mehr Listen müssen die Kandidaten irgendwann sagen, wie sie mit ihrem Amt umgehen wollen und was sie vorhaben. Wir wissen aus schmerzlicher Erfahrung, daß nie so viel gelogen wird wie im Wahlkampf, aber es werden dabei auch schlaglichtartig unterschiedliche Positionen klar.

3. Verbesserte Auseinandersetzung der Bauern über die Vorteile dieser Einrichtungen.

Tatsache ist, daß die meisten Bauern in vielfältiger Weise die Dienste der Kreisgeschäftsstellen von Bauernverband und Kammer nutzen. Gleichzeitig wird die zuweilen bürokratische Handhabung der Dienstleistung kritisiert.

Ein Kandidat für ein Amt in der Kreisstelle muß in der Wahlauseinandersetzung sagen, was er für gut, für schlecht und für änderungswürdig hält. Von vornherein ist klar, daß er nicht grundsätzlich gegen die Selbstverwaltung sein kann; er dürfte dann nicht kandidieren. Er ist gezwungen, mit den Bauern über die Vorteile der Selbstverwaltung und die Möglichkeit des Ausbaus und der besseren Durchschaubarkeit zu diskutieren.

Das alles gilt bei Kampfwahlen auch für den Bauernverband. Wer gegen diese Systeme ist, der wird sich nicht aufstellen lassen und der wird auch nicht wählen. Damit wird die Wahl zum Maßstab des Interesses der Bauern.

4. Breitere ehrenamtliche Beteiligung der Bauern und gleiche Rechte für Nebenerwerbslandwirte in der Interessenvertretung.

Es liegt auf der Hand, daß konkurrierende Listen dazu zwingen, Kandidaten zu mobilisieren. Das zwingt zur Diskussion, weckt Interesse und im weiteren Verlauf Engagement für ehrenamtliche Tätigkeit.

Nebenerwerbslandwirte sind dabei mit den gleichen Rechten wie Haupterwerbslandwirte auszustatten. Auf ihre Mitwirkung zu verzichten, bedeutet Spaltung. An Nebenerwerbslandwirten wird deutlich, wie sich Agrarpolitik auf die Bauern auswirkt.

Ihre Erfahrung beim Übergang vom Haupterwerb in den Zu- und Nebenerwerb, im Berufsleben außerhalb der Landwirtschaft sowie im Umgang mit der Feierabendarbeit ist ein wichtiger Bestandteil des bäuerlichen Alltagslebens. Nebenerwerbslandwirte verdienen unseren Respekt und auf allen Ebenen die gleichen Rechte.

5. Mehr Ideenreichtum in der Bewältigung der schwierigen Aufgabe der Existenzsicherung.

Es liegt in der Natur der Sache, daß Agrarpolitik in Wahrheit von den Zentralen großer Organisationen gemacht wird. Hier werden sämtliche Entscheidungen von hauptamtlichen Fachleuten vorbereitet.

Dieses Problem kennt jeder ehrenamtlich Tätige. Er muß sich von Beginn an auf den Sachverstand des Fachmannes verlassen. Das spart Arbeit und Nachdenken. Der Nachteil dieses Prinzips ist, daß der unerschöpfliche Ideenreichtum des betroffenen Bürgers nur selten genutzt wird.

An der Agrarpolitik wird auf schreckliche Weise deutlich, wohin Fachleute einen Berufsstand bringen können. Das einzige uns bekannte Mittel gegen den Automatismus der Sachzwänge ist die dauernde Erneuerung der Ideenvielfalt durch eine umfassende Beteiligung des Bürgers an allen Entscheidungen, denn Interesse gibt es nur da, wo etwas entschieden werden kann.

Die klassische Bestätigung dieser These ist die totale Gleichgültigkeit unserer mitteldeutschen Landsleute, wenn es um die Wahrnehmung ihrer Interessen geht. Sie interessieren sich nicht, weil sie nichts zu entscheiden haben. Damit hat das System jede Chance auf eine innere Erneuerung aus der Hand gegeben.

6. Eine verstärkte Aufmerksamkeit der Medien und mehr Öffentlichkeitsinteresse.

Ohne Medien können die Sorgen eines Berufsstandes nicht mit Nachdruck in die Entscheidungsgremien gebracht werden. Die beste Pressearbeit schafft kein dauerndes Medieninteresse, wenn es innerhalb des Berufsstandes keine handfesten Auseinandersetzungen gibt. Presse lebt von öffentlich ausgetragenen Konflikten, leider auch von Skandalen, ganz bestimmt aber von Wahlauseinandersetzungen. Da geht es ja um Sachen und Personen.

7. Dokumentation des Selbstbehauptungswillens der Bauern.

Der Zeitungsleser und Fernsehzuschauer hat ein geschärftes Bewußtsein für Konflikte. Auf keinen Fall will er Klagelieder hören. Ihn interessiert, warum der Bauer "viel Geld" bekommt, warum unsere Nahrungsmittel angeblich vergiftet sind, warum das Trinkwasser gefährdet ist usw.

Solche Konflikte können bei öffentlichen Auseinandersetzungen kontrovers besprochen werden und damit besteht die große Chance, immer neu zu verdeutlichen, welche aktuellen und weit zurückliegenden Gründe für solche Entwicklungen vorliegen. Bauern müssen diese Probleme anpacken, um klar zu machen, daß sie ein unverzichtbarer Bestandteil dieser Gesellschaft sind, verantwortlich für gesunde Nahrungsmittel, sauberes Wasser, saubere Luft und eine intakte ländliche Infrastruktur. Nur wer das glaubhaft deutlich macht, wird vom Bürger und damit von den politischen Gremien in seiner Existenz bestätigt.

8. Bestärkung der Position der Landwirtschaftskammer.

Ein Kreislandwirt oder ein Kammerpräsident, der dieses Amt ausüben darf, weil er die meisten Stimmen von möglichst vielen Bauern auf sich vereinigt, hat eine weitgehend unanfechtbare Position. Er spricht mit Fug und Recht für die Bauern und seine Stimme hat politisches Gewicht. Alle Politiker, die den harten Weg durch Wahlen gegangen sind, wissen das und erkennen es an.

9. Eine deutliche Absage an Zentralisierungsbestrebungen und gegen die Abschaffung der Selbstverwaltung durch das Landesparlament.

Zentralverwaltungen wollen immer ihre Position ausbauen. Die Gebietsreform ist dafür das klassische Beispiel. Dieser Prozeß läuft weitgehend unbemerkt, Tag für Tag auf allen Ebenen, und er mündet in die Aushöhlung der Demokratie.

Über diese Entwicklung haben die größten Denker der modernen Zeit nachgedacht. Formale Erklärungen, daß man gegen Zentralismus sei, nützen nichts. Es gibt nur ein deutliches Signal: die Bereitschaft, im eigenen Laden für mehr Demokratie zu sorgen, mehr Entscheidungsfähigkeit in die Kreise, Kommunen und Dörfer zu verlagern. Dann kann offensiv argumentiert werden, dann weiß der Gegner, daß der Vertreter der Bauern seine Leute hinter sich hat. Kein Landesparlament wird es dann wagen, ernsthaft Selbstverwaltung in Frage zu stellen. Im Gegenteil, dann kann um die weitere Übernahme von zusätzlichen Aufgaben und Kompetenzen gekämpft werden. Eine wahrhaft demokratische Legitimation ist für Bürokraten immer gefährlich. Das wird durch die Erfolge großer Bürgerinitiativen immer wieder bewiesen.

10. Der Nachweis, daß der Bauernstand seine Existenz mit demokratischen Mitteln verteidigen kann.

Es geht um die Überwindung der Resignation des Berufsstandes. Schweinepreise, Getreidepreise, Milchkontingente, Umweltauflagen, steigende Betriebskosten und Hoffnungslosigkeit kennzeichnen die Situation und die Gemütslage der Bauern.

Zu allen Zeiten wurde der Berufsstand als Ganzes davon geprägt, daß dem Erhalt des Hofes alles andere untergeordnet wurde. Diese Einstellung hat ihn bis jetzt vor der Auflösung bewahrt.

Nach kaufmännischen Gesichtspunkten war dieser Standpunkt nur selten richtig. Nicht der schnelle Gewinn, nein, das Bewahren und Ausbauen des Erbes für den Nachfolger war das Gebot, das für die Masse der Bauern gültig war.

Das hat immer in der Summe positive Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft gehabt. Es war ein entscheidender Beitrag dafür, daß strukturelle Verschiebungen in unserem Land in allen Bereichen behutsamer abliefen, als zum Beispiel als krasses Gegenstück, die Entwicklung in Teilen der USA, wo wirtschaftliche Verschiebungen Landstriche von der Größe der Bundesrepublik innerhalb einer Generation veröden lassen. Langfristiges Denken, wie bei Bauern, behutsamer Umgang mit dem Erbe, ist auf allen Gebieten richtig. Fortschritt an sich ist kein Wert. Er muß dem Menschen dienen. Wer das nicht als Leitmotiv sieht, der verursacht unvorhersehbare und irreparable Schäden.

Aus bitterer Erfahrung in unserer jüngsten Geschichte wissen wir, daß zu starke strukturelle Erschütterungen in der totalen Katastrophe enden können.

Die Arbeitslosigkeit der 30er Jahre hat uns den Totalitarismus mit seinen schrecklichen Folgen beschert.

Die einzige Antwort auf Resignation, das einzige Rezept gegen die Flucht in ein System der "starken Männer", ist die Beteiligung der Bauern und Bäuerinnen an den Entscheidungen über ihre eigenen Angelegenheiten. Demokratisch, von allen Bauern, Bäuerinnen und ihren mithelfenden Familienangehörigen gewählte Vertreter, müssen klare Aufträge an ihre Politiker, Wissenschaftler, Universitäten und Verwaltungsapparate erteilen, die nur ein Ziel haben, nachzuweisen, daß Bauern unverzichtbar sind für eine intakte Gesellschaft.

Es geht nicht um eine Spaltung des Berufsstandes.

Es geht darum, alle Bauern aus der Resignation, aus der Ohnmacht gegenüber Brüssel, Industrie usw. hinzuführen zur Ausschöpfung aller demokratischen Mittel.

Wir wollen nicht hauen und stechen, blockieren und anzünden, auf Holländer und Franzosen fluchen,

wir wollen über demokratische Auseinandersetzungen die riesige Fülle von klugen, beharrlichen und von ihrem Beruf überzeugten Bäuerinnen und Bauern dorthin bringen, wo über unser Schicksal entschieden wird.

Wer das nicht will, der spaltet uns und ist gegen uns!